

„Wir waren menschliche Zugpferde ...“

Sowjetische Deportationen deutscher Zivilisten am Ende des Zweiten Weltkrieges

Ute Schmidt

Flucht, Vertreibung, Flüchtlingsintegration im Nachkriegsdeutschland – in diesen Zusammenhang gehört auch das Schicksal der deutschen Zivilisten aus den deutschen Ostgebieten und aus den Balkanländern, die 1944/45, am Ende des Zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsmonaten in die Sowjetunion deportiert wurden. Auch in Polen und anderen osteuropäischen Ländern waren deutsche Zivilgefangene oft jahrelang interniert. Sie mußten unter katastrophalen Lebensumständen Zwangsarbeit leisten und damit – als Deutsche, ungeachtet von persönlicher Schuld oder Mitverantwortung – für den vom NS-Deutschland geführten Vernichtungskrieg im Osten und die in deutschem Namen begangenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit büßen.

Das Gros der Zivilgefangenen waren Frauen, Kinder und alte Menschen. Mindestens ein Drittel von ihnen kam infolge der Strapazen während der Gefangenschaft um. In manchen Lagern war nach kurzer Zeit nur noch die Hälfte der Deportierten am Leben, andere waren gesundheitlich schwer geschädigt und nicht mehr arbeitsfähig. Kleinkinder und alte Leute hatten kaum eine Überlebenschance. Viele von ihnen starben bereits auf den Transporten an Hunger, Erschöpfung und Krankheiten. Die Zahl der Toten, die nicht mehr begraben, sondern an den Bahndämmen abgelegt oder in den Deportationszügen eingesammelt und in Massengräber gekippt wurden, ist nicht mehr feststellbar.

Die meisten der Überlebenden wurden nach mehrjähriger Gefangenschaft bis Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre entlassen. Nicht wenige kehrten allerdings erst seit Mitte der fünfziger Jahre, also nach mehr als zehn Jahren, zusammen mit den letzten deutschen Kriegsgefangenen aus Rußland in die Bundesrepublik zurück. Auch unter den Spätaussiedlern, die seit den siebziger Jahren nach Deutschland kamen, waren ehemalige Verschleppte.

Das Schicksal der verschleppten Zivilisten, ebenso wie das der bis 1955/56 in der UdSSR zurückgehaltenen Kriegsgefangenen, wurde von ihren Angehörigen schmerzlich empfunden und war in den fünfziger Jahren auch in der deutschen Öffentlichkeit präsent. Seit den sechziger Jahren geriet diese Gruppe jedoch im Zuge der fortschreitenden Flüchtlingsintegration in der Bundesrepublik sowie in der Phase der sozialliberalen „Neuen Ostpolitik“ mehr und mehr in Vergessenheit. Die gewaltige Dimension des vom nationalsozialistischen Deutschland entfesselten rassistischen Vernichtungskrieges im Osten, der Blick auf die Millionen in deutschen Kriegsgefangenenlagern verhungerten sowjetischen Rotarmisten und die Deportation von etwa fünf Millionen „Ostarbeitern“ ins „Dritte Reich“ überdeckten lange Jahre das Leid deutscher Opfer, das letztlich durch die Greuel der NS-Herrschaft verursacht und insofern als eine unvermeidbare Begleiterscheinung der Befreiung vom Nationalsozialismus betrachtet wurde. Anstelle des Mitgeföhls für diese deutschen Opfer tritt auch heute noch immer wieder die Befürchtung, die Würdigung ihres Schicksals könne als Versuch der Aufrechnung bzw. der Relativierung der NS- und Kriegsverbrechen in der Sowjetunion und in Polen aufgefaßt werden und den Prozeß der Versöhnung mit den osteuropäischen Nachbarn behindern.

Auch den deutschen Verschleppten selbst fiel es nicht leicht, ihre oft bis heute unbewältigten Erfahrungen und Traumata öffentlich darzustellen. Erst im Nachklang der Diskussionen über die Entschädigung ausländischer Zwangsarbeiter rückten sie ihr Schicksal erneut ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Die Parallele ist unübersehbar. Denn auch wenn die Gruppe dieser „Westarbeiter“ (russisch: „Vestarbajtery“) deutlich kleiner war als die der „Ostarbeiter“ und trotz des vorangegangenen NS-Unrechts war die Durchführung der Deportation deutscher Zivilisten aus den sowjetisch besetzten Gebieten in die Lagersysteme der UdSSR ebenfalls eine schwere Verletzung des Völkerrechts und ein historischer Akt von Willkür und Gewalt.¹ Dies wurde in den neunziger Jahren auch von der russischen Hauptmilitärstaatsanwaltschaft so gesehen:

„Zweifellos verdient auch der Arbeitseinsatz ‚internierter‘ und ‚mobilisierter‘ Deutscher in der Nachkriegszeit in der UdSSR Beachtung. Die Frage nach der ‚Verwendung deutscher Arbeitskräfte‘ wurde von sowjetischer Seite im Februar 1945 auf der Krimkonferenz angesprochen. Die Praxis zeigte, daß man darunter die gewaltsame Deportation von Teilen der deutschen Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit in die UdSSR verstand. [...]

Die angeführten Fakten über die Verfolgungen ausländischer Staatsangehöriger, die die Organe des NKVD-MVD im Auftrag von Anweisungen der sowjetischen Führung vornahmen, standen oft im Widerspruch zu den Haager (1907) und Genfer (1929/49) Abkommen über den Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg und glichen in ihrer Form den politischen Repressionen gegen die Völker der Sowjetunion. Die Wiederherstellung der Gerechtigkeit gegenüber diesem Personenkreis ist zweifellos erforderlich.“²

Zur Forschungslage

Trotz ihres besonderen Schicksals und obwohl sie Hunderttausende Menschen umfaßt, wurde die Gruppe der deutschen Zivilverschleppten von der zeitgeschichtlichen Forschung jahrelang kaum oder nur am Rande wahrgenommen. Meist sah man die in den letzten Kriegsmonaten in die UdSSR deportierten Zivilpersonen als Teil anderer Gruppen an: Entweder wurden sie den millionenfachen und verzweigten Strömen der Flüchtlinge und Vertriebenen zugerechnet oder – aufgrund des Arbeitszwangs und des späten Zeitpunkts ihrer „Repatriierung“ – als Teil der deutschen Kriegsgefangenen betrachtet. Eine Ausnahme bildet die – von einer 1951 gebildeten wissenschaftlichen Kommission beim Bundesministerium für Vertriebene erarbeitete – *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa*, die in der Kombination von er-

1 Gemäß Art. 42–56 der Haager Landkriegsordnung sind Okkupanten in besetzten Gebieten zum Schutz der Zivilbevölkerung verpflichtet; dies gilt für die Ehre und die Rechte der Familie, des Lebens und des Privateigentums der Bürger. Kollektivstrafen und Massenvertreibungen sind verboten. Auch Art. 49 der IV. Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 verbietet Zwangsaussiedlungen und gestattet Evakuierungen der Zivilbevölkerung nur dann, wenn dies aus militärischen Gründen zu ihrem Schutz notwendig ist. Das Internationale Militärgericht in Nürnberg bezeichnete die von den Nationalsozialisten durchgeführten Vertreibungen und Verschleppungen von Zivilisten als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit und verurteilte mit dieser Begründung Alfred Rosenberg, Fritz Sauckel und Albert Speer.

2 Kopolin, Leonid: Die Rechtsgrundlagen der Rehabilitierung, in: Hilger, Andreas/Schmidt, Ute/Wagenlehner, Günther (Hrsg.): Sowjetische Militärtribunale. Bd. I: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941–1953. Köln 2001, S. 353–384, hier S. 381. Die Rehabilitierung der Gruppe der sogenannten Administrativ Repressierten ist nach dem Rehabilitierungsgesetz der Russischen Föderation allerdings bisher noch nicht möglich.

klärender Darstellung und eindrucksvollen Zeitzeugenberichten bis heute Maßstäbe gesetzt hat.³ Eine gesonderte, wissenschaftlich fundierte Dokumentation zur Deportation deutscher Zivilisten kam jedoch nicht zustande.

Zur Thematik von Flucht und Vertreibung wie auch zur Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges sind in der Bundesrepublik bereits seit den fünfziger Jahren zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen und Dokumentationen publiziert worden.⁴ In diesem Zusammenhang wie auch in der Erinnerungsliteratur, in Berichten und Statistiken verschiedener Institutionen kamen immer wieder auch Schicksale von Verschleppten zur Sprache. In der DDR blieb dieses Thema bis zur Wende 1989 ein Tabu. Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Integration waren hier ohnehin erst seit den achtziger Jahren und nur unter strikten Auflagen – wie der Ausklammerung von Übergriffen und Zwangsmitteln der sowjetischen „Freunde“ – erlaubt. Osteuropäischen Forschern, die die Geschichte der „Westarbeiter“ im Zusammenhang der sowjetischen Repressionsgeschichte untersuchen wollten, blieb der Zugang zu den Archiven ebenfalls versperrt. Erst nach dem Zerfall der Sowjetunion sind in Rußland und Rumänien einige Veröffentlichungen auf der Basis bisher unbekannter Quellen erschienen.⁵

Inzwischen liegen auch neuere Arbeiten zur Deportation deutscher Zivilisten vor, die sich auf einzelne Länder, Gruppen oder Lager beziehen.⁶ Freya Klier, Helga Hirsch und Meinhard Stark erreichten mit ihren Büchern über Frauen in sowjetischen und polnischen Arbeitslagern ein breites Leserpublikum.⁷ Einen interessanten Neuansatz verfolgen Meinhard Stark und Wladislaw Hedeler mit ihrer Fallstudie zum „KARlag“, einem riesigen Lagerkomplex in der kasachischen Steppe, in dem von 1931 bis 1957

3 Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Hrsg. vom Bundesministerium für Vertriebene, bearbeitet von Theodor Schieder. 5 Bde, Wolfenbüttel 1953–1961 (dtv-reprint: München 1984).

4 Z.B. Die deutschen Vertreibungsverluste. Bevölkerungsbilanzen für die deutschen Vertreibungsgebiete 1939/50. Hrsg. vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden. Stuttgart 1958; Lemberg, Eugen/Edding, Friedrich (Hrsg.): Die Vertriebenen in Deutschland. Ihre Eingliederung und ihr Einfluß auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Geistesleben. 3 Bde., Kiel 1959; Maschke, Erich (Hrsg.): Die deutschen Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. München 1974.

5 Vgl. neuerdings Poljan, Pavel: „Vestarbajtery“: internirovannye nemcy v SSSR (predystorija, istorija, geografija), Stavropol 1999. Vgl. auch ders.: Internierung und Deportation deutscher Zivilisten aus den besetzten deutschen Gebieten in die UdSSR. In: Hilger, Andreas/Schmeitzner, Mike/Schmidt, Ute (Hrsg.): Diktaturdurchsetzung. Instrumente und Methoden der kommunistischen Machtsicherung in der SBZ/DDR 1945–1955. Dresden 2001, S. 39–54, mit weiteren Quellen- und Literaturhinweisen (S. 41 f.).

6 Vgl. z. B. Zikeli, H. u. a.: Verschleppt in die Sowjetunion 1945–1949. München 1991; Weber, Georg u. a.: Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion. 3 Bde., Köln 1995; Schuster, Hans-Werner/Konschitzky, Walther (Hrsg.): Deportation der Südostdeutschen in die Sowjetunion: 1945–1949. München 1999; Toth, Agnes: Migrationen in Ungarn 1945–1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und slowakisch-ungarischer Bevölkerungsaustausch. München 2001.

7 Klier, Freya: Verschleppt ans Ende der Welt. Schicksale deutscher Frauen in sowjetischen Arbeitslagern. Berlin 1996; Hirsch, Helga: Die Rache der Opfer, Deutsche in polnischen Lagern 1944–1950. Berlin 1998. Stark, Meinhard: „Ich muß sagen, wie es war“. Deutsche Frauen des GULag. Berlin 1999; Stark, Meinhard: Frauen im GULag, Alltag und Überleben 1936 bis 1956. München/Wien 2003.

800.000 Lagerinsassen verschiedener Nationalität Zwangsarbeit leisten mußten.⁸ Nach wie vor gibt es jedoch bis heute keine umfassende, auch neuere Quellen berücksichtigende wissenschaftlich fundierte Analyse und Dokumentation, die das besondere Schicksal dieser Personengruppe untersucht, es im Kontext der sowjetischen Machtsicherungs- und Repressionspolitik am Ende des Zweiten Weltkrieges darstellt und in den Gesamtzusammenhang der von den totalitären Systemen des Nationalsozialismus und Stalinismus erzwungenen Massenmigrationen einordnet.

Definitionen und Dimensionen

Die Verschleppung ostdeutscher Zivilpersonen in die UdSSR wird in der *Dokumentation der Vertreibung* als eine von der obersten sowjetischen Führung geplante, systematisch betriebene und zentral gesteuerte Aktion definiert, die seit Januar 1945 in allen sowjetischen Armeebereichen jenseits von Oder und Neiße wie bereits seit Dezember 1944 in Rumänien, Ungarn und Jugoslawien in die Tat umgesetzt wurde.⁹

In der Sprache der sowjetischen Behörden wurden die Verschleppten als „Mobilisierte“ oder „Mobilisierte Internierte“ bezeichnet. Dieser verharmlosende Begriff, der schon 1942 bei der Einziehung sowjetdeutscher Männer im Alter von 15 bis 55 Jahren und Frauen von 16 bis 45 Jahren in die Arbeitsbataillone des GULag verwendet worden war, signalisiert, worum es primär ging: die Zwangsrekrutierung von Arbeitskraft. Die Rußlanddeutschen mußten die Lücke füllen, die in den Lagern entstand, als – nach den ersten schweren Verlusten der Roten Armee – 400.000 Häftlinge in die Armee überstellt worden waren.¹⁰ Neben dem Straflagersystem des GULag existierte seit dem sowjetischen Zugriff auf Ostpolen (1939) eine weitere Lagerverwaltung mit der Zuständigkeit für Kriegsgefangene und Internierte (UPVI), seit 1945 Hauptverwaltung (GUPVI).¹¹ Kriegsgefangene (nicht Offiziere) wie auch Zivilisten, „die bei Kriegshandlungen eingebracht wurden“, konnten in der UdSSR, die die Genfer Konvention von 1929 nicht unterzeichnet hatte, nach einem Erlaß des Rates der Volkskommissare vom 1. Juli 1941 zur Arbeit eingesetzt werden. Die Arbeitsleistung der erschöpften Kriegsgefangenen reichte freilich nicht aus, um die kriegsbedingten Verluste an Menschenleben und Arbeitskräften auszugleichen, zumal auch die Zahl der Häftlinge in den GULag-Betrieben abnahm. Um den enormen Bedarf an Arbeitskräften in der Rüstungsindustrie, in den Bergwerken und beim Wiederaufbau der im Krieg zerstörten Produktionsanlagen zu decken, beauftragte das von Stalin geleitete Staatliche Verteidigungskomitee (GOKO) das Volkskommissariat des Inneren (NKWD) bzw. die Organe der staatlichen Geheimpolizei, die massenhafte „Mobilisierung“ deutscher Arbeitskräfte in den von der Roten Armee erreichten Ländern vorzubereiten und durchzuführen.¹²

8 Dieses von der DFG geförderte Forschungsprojekt stützt sich auf Quellen, die durch ein kulturelles Kooperationsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Kasachstan zugänglich gemacht wurden (vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 31.1.2002).

9 Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, S. 79E f.

10 Wehner, Markus: Kartographie des GULag-Archipels. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 8.9.1999.

11 Vgl. Karner, Stefan: Im Archipel GUPVI. Kriegsgefangenschaft und Internierung in der Sowjetunion 1941–1956. München 1995.

12 Vgl. Possekel, Ralf: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, Einleitung. In: Mironenko, Sergej/Niethammer, Lutz/Plato, Alexander von (Hrsg.): Sowjetische Speziallager in Deutschland 1945 bis 1950. Berlin 1998, Bd. 2, S. 15–110, hier S. 30–36.

Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften in Südosteuropa (Dezember 1944 bis Januar 1945)

Die „Mobilisierungen“ verliefen in mehreren Wellen. Den ersten Zugriff des NKWD bekamen die deutschen Minderheitsgruppen in den besetzten Balkanländern zu spüren.¹³ Noch vor Weihnachten 1944 wurden in den von der Roten Armee eroberten Gebieten in Ostungarn sowie in Jugoslawien Zehntausende deutsche Zivilisten erfaßt und abtransportiert. In Ungarn gingen die sowjetischen Organe nach Listen vor, die sie von den lokalen Behörden angefordert hatten und in denen die arbeitsfähige deutsche Bevölkerung wie auch Ungarn mit deutschem Namen verzeichnet waren. Im Zuge dieser Aktion wurden schätzungsweise 50.000 bis 60.000 Deutsche sowie 8.000 Magyaren in die Sowjetunion verfrachtet.¹⁴

Für Jugoslawien wird in deutschen Quellen eine Zahl von 30.000 bis 40.000 deportierten Zivilpersonen genannt. Hier hatte der „Antifaschistische Rat der Volksbefreiung Jugoslawiens“ bereits im November 1944 beschlossen, mit den Deutschen „einmal und für alle Zeit Schluß zu machen“.¹⁵ Sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit wurde konfisziert; das enteignete Land der Donauschwaben diente als Verfügungsmasse für die kommunistische Landreform. Der Enteignung der Deutschen folgte die pauschale Aberkennung der bürgerlichen Freiheitsrechte und die Zwangseinweisung eines Teils der deutschen Bevölkerung in die inzwischen errichteten Arbeits- und Internierungslager.¹⁶ Die Haftbedingungen – Hunger, Zwangsarbeit, willkürliche Erschießungen – forderten zahlreiche Todesopfer. Allein im Lager Rudolfsgnad kam im Winter 1945/46 ein Drittel der Lagerinsassen (11.000 von 33.000 Inhaftierten) um.¹⁷

Die zur Deportation angeforderten arbeitsfähigen Deutschen – Männer zwischen 17 und 45 Jahren, Frauen von 18 bis 40 Jahren – wurden teils in diesen Lagern, teils aus der in den deutschen Ortschaften verbliebenen Bevölkerung rekrutiert. Da die Männer der arbeitsfähigen Jahrgänge damals zumeist nicht greifbar waren – sie waren Soldaten oder Kriegsgefangene, sofern nicht vermißt oder gefallen – befanden sich unter den Deportierten häufig mehr Frauen als Männer. Viele von ihnen wurden gezwungen, ihre Kinder ohne familiäre Betreuung zurückzulassen; es wurden aber auch Kinder und Jugendliche deportiert. Schwerkranke und Arbeitsunfähige, die im Sommer und Herbst 1945 zurückgeschickt wurden, landeten meist wieder in den Internierungslagern. Krankentransporten, die im Lauf des Jahres 1946 eintrafen, verweigerten die jugoslawischen Behörden die Aufnahme. Sie wurden wochenlang im Grenzgebiet zwi-

13 Grundlage war der von Stalin unterzeichnete „Beschuß des Staatlichen Verteidigungskomitees Nr. 7161ss zur Mobilisierung und Internierung von arbeitsfähigen Deutschen für den Einsatz in der UdSSR“ vom 16.12.1944.

14 Spiegel-Schmidt, Friedrich: Verschleppung aus Ungarn. In: Schuster/Konschitzky (Hrsg.): Deportation der Südostdeutschen, S. 69–72.

15 Aly, Götz: Einmal für alle Zeit Schluß machen. Der Völkermord an den Jugoslawiendeutschen. In: Ders.: Rasse und Klasse. Nachforschungen zum deutschen Wesen. Frankfurt am Main 2003, S. 199–203, hier S. 199.

16 Für die Wojwodina werden zum Beispiel 22 Lager genannt, in denen knapp 100.000 Insassen, davon gut die Hälfte Arbeitsfähige, fast ein Viertel Kinder und ein Fünftel Personen über 65 Jahre interniert waren. Vgl. Hutterer, Franz: Deportation der Deutschen aus Jugoslawien. In: Schuster/Konschitzky (Hrsg.): Deportation der Südostdeutschen, S. 63–67.

17 Vgl. Auch: Dokumentation der Vertreibung. Bd. V: Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien. Düsseldorf 1961;

schen Jugoslawien, Ungarn und Rumänien hin und her geschoben, bis sie endlich in Österreich bleiben konnten.¹⁸

Götz Aly beurteilt die Vernichtungsexzesse der jugoslawischen Partisanen gegen die Donauschwaben vor dem Hintergrund der vorausgegangenen NS-Verbrechen¹⁹ und fragt zudem nach der untergründigen Wirkung der Staatsdoktrin Titos, die diese Verbrechen für die Politik der ethnischen Säuberung im späteren Jugoslawien billigte:

„Die Massenverbrechen stehen in einem unbestreitbaren, allerdings nicht zwingenden Zusammenhang mit den vorangegangenen Massenverbrechen der Deutschen. [...] Die Vorgeschichte erklärt vieles, sie rechtfertigt wenig. Auch bedeutet die rückschauende Einordnung kaum etwas für den Einzelnen, der allein aufgrund des kollektiven Merkmals ‚Muttersprache‘ zu den ‚Hitlerovci‘ gezählt wurde, der über Nacht verlor, was Generationen geschaffen hatten, der Todesangst und Verzweiflung durchlitt und sah, wie seine engsten Angehörigen, Freunde und Nachbarn gequält und erschlagen wurden. [...]

Niemand in Jugoslawien konfrontierte die Täter später mit ihrer Schuld oder wenigstens mit der öffentlichen Frage nach einem Fehlverhalten. Die Staatsdoktrin besagte, daß es im Kampf gegen den Feind kein Verbrechen gebe, und schuf so eine der geistigen Voraussetzungen für die Massenverbrechen, die ein halbes Jahrhundert später, in der Gestalt eines ethnisierten Bürgerkrieges, auf die jugoslawische Gesellschaft zurückfielen.“²⁰

Aus Rumänien gingen die Deportationszüge Mitte bis Ende Januar 1945 ab. Dieses „Kontingent“ umfaßte etwa 80.000 Rumäniendeutsche, darunter über 30.000 Siebenbürger Sachsen (= 15 Prozent der deutschen Einwohner Siebenbürgens) sowie rund 35.000 Deutsche aus dem Banat. Die Aushebung und Deportation der „lebenden Reparationen“ erfolgte nach einer von sowjetischer Seite angeordneten Registrierung der deutschen Bevölkerung mittels rumänischer Behörden in Kooperation mit Angehörigen der Roten Armee und der sowjetischen Geheimpolizei (NKWD). Zur Durchführung dieser Aktion wurden 1.500 NKWD-Leute und 9.500 rumänische Polizeikräfte eingesetzt.²¹ Bei mehr als zehn Prozent der Deportierten wurden die angegebenen Altersgrenzen (Männer im Alter von 17 bis 45, Frauen von 18 bis 32 Jahren) nicht eingehalten. So waren die jüngsten unter den deportierten Frauen 13, die Ältesten 55 Jahre alt.²²

18 Hutterer: Deportation der Deutschen aus Jugoslawien, S. 67.

19 Angesprochen wird hier zum Beispiel auch die SS-Division „Prinz Eugen“, für die viele Volksdeutsche rekrutiert worden waren und die mit ihren Methoden der „Partisanenbekämpfung“ auch gegen Zivilisten vorgegangen war.

20 Aly: Einmal für alle Zeit Schluß machen, S. 202 f.

21 Vgl. Foitzik, Jan: Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion. Berlin 1999, S. 56; Poljan: Internment and Deportation of German Civilians from European Countries to the USSR, Manuskript, S. 17. Ich danke Pavel Poljan für die freundliche Erlaubnis zur Einsichtnahme in die englische Übersetzung dieses Kapitels aus seinem Buch, das bisher nur in russischer Sprache vorliegt.

22 Weber, Renate: Zahlen und Fakten – Statistische Aspekte der Deportation. In: Schuster/Konschitzky (Hrsg.): Deportation der Südostdeutschen, S. 59–62, hier S. 60 f.

Wie abrupt dieser Abschied vor sich ging, beschreibt *Martha C.* (Jg. 1923):

„Zwischen fünf und sechs Uhr früh donnerte es an der Haustür. Zwei bewaffnete russische und rumänische Soldaten gaben strengen Befehl, in zehn Minuten fertig zu sein mit kleinem Gepäck [für einen Bekannten]. [...] Die Mutter war mit Packen beschäftigt, die Kleinen [drei Kinder] verstört, wollten von mir getröstet sein, da gingen die Flüche los. [...]. Ich konnte noch schnell den Mantel drüber[ziehen], bekam noch einen kräftigen Stoß in den Rücken [...]. Im Laufe des Tages hat Frau A. mir einen Rucksack mit etwas Wäsche, eine Herren-Knickerbockerhose und einen Lodenmantel in die Sammelhalle geschickt. Über Nacht wurden wir in Viehwaggons verladen, es war Sonntag früh sechs Uhr, wir hörten ein letztes Mal die Glocken läuten, und unser Zug setzte sich in Bewegung.“²³

Die Transporte aus Südosteuropa endeten meist im Industrieviertel des Donezkbeckens in der Ukraine, manchmal aber auch hinter dem Ural. In den sowjetischen Arbeitslagern wurden die deportierten Deutschen – Männer und Frauen, Junge und Alte gleichermaßen – zur Schwerstarbeit in Kohlebergwerken, auf Baustellen, in Industriebetrieben, in Sowchosen und Kolchosen eingeteilt.

Wie schwer und unfallträchtig die Arbeit war, die den Frauen abverlangt wurde, beschreibt *Maria L.* Sie war 24 Jahre alt, als sie am 11. Januar 1945 aus ihrem Heimatdorf im Banat (Rumänien) ins Donbass-Gebiet (Ukraine) deportiert wurde. Ihre beiden kleinen Kinder hatte die Kriegswitwe zu Hause zurücklassen müssen. Sie durchlief mehrere Lager und war dann bis zu ihrer Entlassung im Lager Romanka Crasnodar, wo sie in einer Schachanlage arbeitete.

„Ich war eingeteilt als Zugpferd. Sechs Frauen wurden an die Stange eingespannt, um den Wagen zu ziehen. Wir fuhren täglich, um die Nahrungsmittel und Kohle für Küche und Lager herbeizuschaffen, die weit aus der Stadt geholt wurden, vom Deposit. Da wir nicht in der [Kohlen-]Grube waren, bekamen wir auch keine Kleidung. Der Schnee – kniehoch, grimmige Kälte. [...] Danach war ich beim Kohlenaufladen, mit Schaufeln, Waggonschieben beim Sortieren der Kohlen, und in Romanka war ich bei der Drahtseilbahn. [...] Es war ein verantwortungsvoller Platz, die Kontrolle über die vollen [Wagen], daß die gut [angeseilt] sind, sonst laufen sie hinunter und entgleisen. [...] In drei Schichten, zehn Frühschichten, zehn Tage [ab] Nachmittag, zehn Nächte. Die waren bitter. [...] Unglaublich, was ein Mensch aushält. [...]

Es gab vier bis fünf Tote an manchen Tagen. Auch viele Unfälle gab es an der Mine. [Gebrochene Glieder und Tote]. [Mir selbst] ist ein voller Kohlewaggon entgleist und auf den Fuß gefallen. Meine Schwester hatte Typhus, und dem Bruder war die Hand gebrochen. [...] Er ist dann auch mit dem Krankentransport im dritten Jahr nach Hause entlassen worden.“²⁴

Die Überlebensbedingungen waren bei permanenter Unterernährung, extremer Kälte, ungenügender Bekleidung, einem strengen Lagerregime, Mißhandlungen durch das Lagerpersonal, mangelnder Hygiene und Ungeziefer wie Läusen, Wanzen und Ratten,

23 Quelle: Fragebogenaktion des „Frauenverbands im Bund der Vertriebenen e.V.“ (www.vertriebene-frauen.de). Die Auswertung der Fragebögen wird gegenwärtig im Rahmen des „Forschungsverbundes SED-Staat“ an der FU Berlin durchgeführt und vom Ministerium für Familie, Frauen, Jugend und Senioren sowie von der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen gefördert. (Projekt: „Flucht/Vertreibung/Deportation/Internierung/Haft – Erfahrungsberichte von Zeitzeuginnen in der Bundesrepublik und in der früheren DDR. Eine Erhebung des ‚Frauenverbands im Bund der Vertriebenen e.V.‘“, Projektleitung: PD Dr. Ute Schmidt). Eine Publikation der Ergebnisse ist geplant.

24 Ebd.

Krankheiten, steigenden Arbeitsnormen, Unfallgefahr und kaum vorhandener medizinischer Versorgung u.a. äußerst hart. Die Verluste unter den Deportierten sind schwer zu bestimmen. Sie variierten je nach Lager und Dauer der Deportation. Von den deportierten Frauen aus einigen deutschen Dörfern Jugoslawiens sind bis zu 26 Prozent umgekommen. Insgesamt 12 Prozent der zwangsrekrutierten Rumäniendeutschen haben die fünfjährige Deportationszeit nicht überlebt. Der Anteil der Männer unter den Toten war dreimal höher als der der Frauen.²⁵

Im Dezember 1949 wurden die Lager, in denen sich jetzt noch etwa ein Drittel der Deportierten befand, aufgelöst und die Insassen repatriiert. Kranke und Arbeitsunfähige sowie Frauen mit im Lager geborenen Kindern waren bereits seit Ende 1945 nach und nach entlassen worden. Doch nun verweigerte der rumänische Staat den Deutschen die Rückkehr in ihre Heimat. So wurden die 1946/47 Entlassenen nach Frankfurt/Oder transportiert (etwa 25 Prozent aller Deportierten aus Siebenbürgen). Wer Angehörige in Westdeutschland hatte, konnte dorthin ausreisen, die übrigen mußten in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bleiben. Nur einem von sieben gelang die Rückkehr in die Heimat auf legalem Weg. Andere wurden im kommunistischen Rumänien wegen illegalen Grenzübertritts verhaftet und verurteilt. Erst 1948 gab die rumänische Regierung in Verhandlungen mit dem sowjetischen Außenministerium nach und akzeptierte die Repatriierung. Die Heimkehrer mußten sich nun damit abfinden, daß der Besitz der Deutschen enteignet und ihre Rechte drastisch eingeschränkt worden waren.

Zur Begrüßung des Transports, in dem *Maria L.* in ihre Heimat zurückkehrte, hatte sich fast das ganze Dorf am Bahnhof versammelt. Glücklicherweise fand sie hier ihre Kinder wieder, die sie nicht mehr kannten und mit einem alten Foto nach ihr gesucht hatten.

„Sie waren glücklich, es klappte gut. Nur: Das Haus [war] besetzt, alles enteignet. Vom Teller und Löffel an haben wir ganz neu angefangen. Aber das Leben geht weiter!“²⁶

Martha C. wurde im Januar 1945 als 21jährige von Hermannstadt in Siebenbürgen aus ins Lager Jenakiewo im Donezkgebiet deportiert. Sie war als Schwerarbeiterin am Hochofen eingesetzt. Zusammen mit einer anderen Frau mußte sie Ziegel, Schamott und Kohle auf einer Trage von draußen, aus eisiger Kälte, in die heiße Werkhalle schleppen. An Tuberkulose erkrankt, wurde sie nach fast zweijähriger Gefangenschaft im Oktober 1946 nach Frankfurt/Oder entlassen. Eine Rückkehr zu ihrer Familie in Siebenbürgen war für sie nicht mehr möglich; sie sah ihre Angehörigen erst 1966 wieder. Marthas Schwester war ebenfalls unter den Deportierten. Sie arbeitete im Lager Almasnija im Steinbruch und erlitt dort im fünften Jahr einen schweren Unfall, bei dem ihre Schädeldecke und ein Auge verletzt wurden.²⁷

1951 wurden im Zuge des Kollektivierungsprogramms der rumänischen Regierung erneut über 10.000 Rumäniendeutsche aus der Banater Grenzzone und dem südwestlichen Oltenien zur Zwangsarbeit in die Bărăgan-Steppe im Südosten Rumäniens depor-

25 Hutterer: Deportation der Deutschen aus Jugoslawien, S. 67; Weber: Zahlen und Fakten, S. 61.

26 Siehe Anm. 23.

27 Ebd.

tiert – dieses Mal zusammen mit Angehörigen anderer Minderheiten wie Serben, Bulgaren, Ungarn sowie rumänischen „Kulaken“.²⁸

Die Deportationsaktionen auf dem Balkan waren nicht nur völkerrechtswidrig; das sowjetische Vorgehen in Rumänien kollidierte auch mit dem Waffenstillstandsabkommen zwischen Rumänien und der UdSSR. Überdies hatte es die UdSSR nicht für nötig erachtet, sich mit ihren westlichen Verbündeten abzustimmen oder sie rechtzeitig über ihr Vorhaben zu informieren. Die rumänische Regierung Rădescu legte bei der Alliierten Kontrollkommission für Rumänien Protest ein, den sie mit rechtlichen Argumenten, wirtschaftlichen Erfordernissen und humanitären Aspekten untermauerte. Der Abtransport der Deutschen konnte damit aber nicht verhindert werden. Die Vertreter der Westalliierten stießen sich vor allem an der mangelnden Rechtsgrundlage und am Verfahren der Sowjets, das den Eindruck erweckte, der Deportationsbefehl sei im Namen der Alliierten Kontrollkommission ergangen. In der Sache selbst, nämlich der Frage deutscher Reparationen in Form von Arbeitsleistungen, äußerten sie keine prinzipiellen Einwände. Der Vertreter der USA machte lediglich geltend, daß im Vorfeld der Konferenz in Jalta (4. bis 11. Februar 1945), auf deren Agenda die strittige Reparationsfrage stehe, bisher keine multilateralen Vereinbarungen getroffen worden seien. Die britische Reaktion fiel noch milder aus. Churchills Haltung kommt in einer internen Notiz an Außenminister Anthony Eden vom 19. Januar 1945 zum Ausdruck:

„In Anbetracht all dessen, was Rußland erlitten hat, sowie der schamlosen Angriffe der Rumänen auf Rußland und der riesigen Armee, die die Russen gegenwärtig an der Front stehen haben, und angesichts des Elends der Menschen in vielen Teilen Europas kann ich nicht erkennen, daß die Russen etwas Falsches tun, wenn sie 100- oder 150tausend dieser Menschen ihre Vergehen abarbeiten lassen.“

Und weiter:

„Wir müssen auch an unser Versprechen denken, das Schicksal der Rumänen weitgehend den Russen zu überlassen. Nach allem, was geschehen ist, kann ich nichts Schlimmes darin sehen, daß die Russen Rumänen gleich welcher Herkunft gefangen nehmen, damit sie in den russischen Kohlerevieren arbeiten.“²⁹

Im Vergleich mit den 1943/44 angestellten sowjetischen Berechnungen zum Reparationsprogramm, die ein deutsches Arbeitsheer von drei bis fünf Millionen Arbeitern anvisierten,³⁰ erschienen Churchill die gut 160.000 in der ersten Deportationswelle 1945 erfaßten Deutschen offenbar als eine vernachlässigbare Größe. Mit den Aushebungen in den Balkanländern hatte Stalin, noch im Vorfeld der Konferenz der „Großen Drei“ in Jalta, Fakten geschaffen und erreicht, daß die Westalliierten sein Vorgehen duldeten. Die Beschlüsse von Jalta konnten zudem als nachträgliche Legitimation weiterer Zwangsrekrutierungen und Deportationen interpretiert werden. So hieß es im Protokoll, Deutschland müsse die Verluste, die es den alliierten Ländern während des Krieges zugefügt habe, durch Naturalleistungen wiedergutmachen. In erster Linie sollten jene Länder entschädigt werden, „die die Hauptlast des Krieges getragen, die schwer-

28 Weber, Wilhelm: Das Schicksal der Deutschen im Banat nach dem Umsturz vom 23. August 1944 bis zur Deportation in die Bărăgan-Steppe. In: Konschitzky, Walther/Leber, Peter-Dietmar/Wolf, Walter (Hrsg.): Deportiert in den Bărăgan 1951–1956. München 2001, S. 91–98.

29 Zit. nach Weber: Die Deportation von Siebenbürger Sachsen, Bd. 3, S. 168. Vgl. auch ders.: Zur Deportation der Deutschen aus Südosteuropa in die Sowjetunion 1945–1949. In: Schuster/Konschitzky (Hrsg.): Deportation der Südostdeutschen, S. 39–58; Possekel: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, S. 36.

30 Possekel: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, S. 30f.

sten Verluste erlitten und den Sieg über den Feind organisiert“ hätten. Als Teil der Reparationen, die aus Deutschland entnommen werden durften, wurde auch die „Verwendung deutscher Arbeitskräfte“ genannt.³¹ Die weitere Prüfung des Umfangs und der Methoden der Wiedergutmachung wurde in eine Interalliierte Reparationskommission mit Sitz in Moskau verlagert.

Deportationen aus dem Gebiet des Deutschen Reiches (Januar bis April 1945)

In den ostdeutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße begann die Verschleppung von Zivilpersonen vereinzelt bereits Ende Januar 1945 und wurde dann im Monat Februar systematisch in allen bis zu dieser Zeit von der Roten Armee besetzten Gebieten betrieben. Die Verschleppungen erreichten ihren Höhepunkt im März 1945 und dauerten bis Ende April.

Grundlage für die neuerlichen Deportationen aus dem Gebiet des Deutschen Reiches war der NKWD-Befehl Nr. 0016 vom 11. Januar 1945, mit dem die sowjetische Führung unmittelbar vor der sowjetischen Großoffensive an Weichsel und Oder eine großangelegte Aktion ihrer Sicherheitsapparate im östlichen Teil Deutschlands einleitete.³² Sie sollten das Hinterland der vorrückenden Roten Armee von „feindlichen Elementen“ säubern, jeglichen Widerstand unterbinden sowie den Abtransport wichtiger Kriegsbeute – Waren, Ausrüstungen, Arbeitskräfte – organisieren.³³ Geheimdienstchef Berija ernannte NKWD-Bevollmächtigte an allen Fronten und stockte die Sicherheitskräfte auf 60.000 Mann auf.³⁴ Kurz darauf wurden die tschekistische Maßnahmen noch verschärft. „Terroristen“ und „Diversanten“ sollten an Ort und Stelle „gnadenlos liquidiert“ werden. Außerdem wurden die Frontkommandeure beauftragt, in den von ihren Heeresgruppen eingenommenen Gebieten alle arbeitsfähigen Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren zu „mobilisieren“. Wehrmachtsangehörige und „Volkssturm“-Männer seien in die Kriegsgefangenenlager, alle anderen in Arbeitsbataillone von 750 bis 1.200 Mann zum Arbeitseinsatz in die Ukraine und nach Weißrußland zu schicken.³⁵ Für die praktische Durchführung und Leitung sämtlicher Operationen zur Mobilisierung und Internierung war Lawrentij Berija, Volkskommissar für innere Angelegenheiten und zugleich stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR, zuständig. In seiner Hand konzentrierte sich die Arbeitsleitung fast aller zu Zwangsarbeit verpflichteten Personen in der Sowjetunion.³⁶

31 Fischer, Alexander (Hrsg.): Teheran, Jalta, Potsdam. Die sowjetischen Protokolle von den Kriegskonferenzen der „Großen Drei“. Köln, S. 180–195.

32 Die in diesem Beitrag erwähnten Befehle und Beschlüsse des NKWD und des Staatlichen Verteidigungskomitees sind in deutscher Übersetzung dokumentiert in: Mironenko/Niethammer/Plato (Hrsg.): Sowjetische Speziallager, Bd. 2, S. 130–180.

33 Vgl. Possekel: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, S. 42 f.

34 Poljan: Internment and Deportation, S. 20.

35 Beschluß des Staatlichen Verteidigungskomitees (GOKO) Nr. 7467ss „Zur Unterbindung terroristischer Anschläge und zur Ausweitung der Mobilisierung von Deutschen“ vom 3.2.1945; NKWD-Befehl Nr. 0061 „Zu Maßnahmen für die Umsetzung des GOKO-Beschlusses Nr. 7467ss vom 3.2.1945“ vom 6.2.1945.

36 Vgl. Kolerov, M.: Arbeitsverwendung der Kriegsgefangenen und Internierten in der UdSSR 1946–1950. In: Karner, Stefan (Hrsg.): „Gefangen in Rußland“. Die Beiträge des Symposiums auf der Schallaburg 1995. 2. Auflage Graz/Wien 1996, S. 76–112; Poljan: Internierung und Deportation, S. 44 f.

Das sowjetische Vorgehen gegen die deutsche Zivilbevölkerung in den eroberten Teilen des Reichsgebietes war durch eine Mixtur besatzungspolitischer Maßnahmen und Motive bestimmt: Neben dem militärischen Ziel der Sicherung des Fronthinterlandes verfolgte man eine Strafpolitik gegenüber wirklichen oder vermeintlichen Nazis und Kriegsverbrechern, für die es jedoch keinerlei klare Kriterien und Durchführungsbestimmungen gab. Eine hohe Priorität besaß das ökonomische Interesse, disponible, billige und rechtlose Arbeitskräfte für den Wiederaufbau der Sowjetunion zu beschaffen. Oft wurden die Deportationen von Zivilisten durch die ihnen von NKWD-Spezialisten in Verhören abgepreßten Geständnisse nur scheinbar legitimiert. Historiker vermuten, daß militärische Sicherheitsbedürfnisse oder angebliche Diversions- und Terrorismusabsichten häufig nur als Vorwand dienten, um die Zwangsrekrutierungen zu rechtfertigen.³⁷ Hinzu kam eine ideologische Optik, in der jeder „Nichtproletarier“ oder Uniformierte (selbst Reichsbahnangestellte oder Feuerwehrleute) von vornherein verdächtig schien, sowie der Warenhunger der Rotarmisten und nicht zuletzt ihr Rachebedürfnis, das von der sowjetischen Propaganda im Stil der Haßtiraden Ilja Ehrenburgs noch geschürt wurde.³⁸ So gingen in diesen Monaten die Exekutionen angeblicher „Diversanten“ und „Terroristen“, die flächendeckenden und willkürlichen Verhaftungen verdächtigter Personen, die „Mobilisierung“ und Deportation von Zivilisten in die Arbeitslager der Sowjetunion sowie die brutale Gewalt gegen Frauen als Kriegsbeute³⁹ Hand in Hand. Unzählige Frauen wurden noch vor ihrer Deportation von russischen Soldaten vergewaltigt oder mußten Gewalttaten gegen ihre Angehörigen mit ansehen. Es gab allerdings auch einzelne Fälle, in denen sich sowjetische Offiziere gegen solche Exzesse oder die Deportation festgenommener Zivilisten wandten und es riskierten, dafür bestraft zu werden.

Die Aushebungen zur Zwangsarbeit begannen gewöhnlich zwei bis drei Wochen nach dem Einmarsch der Roten Armee. Teilweise, vor allem in den Städten, gingen sie mit der Registrierung der deutschen Bevölkerung einher. In den übrigen Gebieten wurden die arbeitsfähigen Deutschen von NKWD-Kommandos zusammengetrieben und in Sammellager gebracht. Nicht selten nahmen diese Trupps, um ihren Auftrag möglichst schnell zu erfüllen, mancherorts so gut wie alle erwachsenen deutschen Einwohner fest, während sie andere Gegenden verschonten. Je nach dem Zeitpunkt der Besetzung und der örtlichen Lage wies das sowjetische Vorgehen daher sehr unterschiedliche Härtegrade auf.⁴⁰

Am leichtesten ließen sich die sowjetischen Vorgaben im dichtbevölkerten Schlesien erfüllen. Im oberschlesischen Industrieviertel fanden die Deportationskommandos zudem zahlreiche Bergleute und Industriearbeiter vor, die während des Krieges nicht einberufen worden waren. Die Heeresgruppe Konjew, die Schlesien besetzt hatte, lieferte daher mit rund 62.000 Deutschen, überwiegend Männern, das größte Kontingent der „Mobilisierten“. In den übrigen Frontbereichen sah es anders aus. Dort, wo das Gros der Bevölkerung schon geflüchtet und zudem kaum Männer im angeforderten Alter anzutreffen waren, sammelten die sowjetischen Trupps selbst zwölfjährige Kinder und

37 Vgl. Possekkel: Sowjetische Dokumente zur Lagerpolitik, S. 44. Vgl. auch Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, S. 83E.

38 Zitate z. B. bei Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1987, Anhang.

39 Sander, Helke/Johr, Barbara: Befreier und Befreite, Krieg, Vergeltung, Kinder. 2. Auflage Frankfurt am Main 2005.

40 Vgl. Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, S. 81E f.; Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste, S. 47.

über siebzigjährige Männer ein. Besonders drastisch gingen die NKWD-Kommandos in Ostpreußen vor. Unter den 44.000 Deportierten aus dieser Region überstieg der Anteil der deportierten Frauen im Alter zwischen 15 und 50 Jahren den der Männer bei weitem.⁴¹

Wie diese „Mobilisierungen“ abliefen, beschreibt *Christa E.* Sie war 15 Jahre alt, als sie aus ihrem ostpreußischen Heimatort Tolnicken nach Tscheljabinsk/Sibirien deportiert wurde. Sie wurde erst im Sommer 1947 entlassen. Ende Januar hatten Rotarmisten das Dorf besetzt und die Einwohner von ihrer Arbeit weg zur Kommandantur getrieben.

„Unter strenger Bewachung mußten wir in Viererreihen die 18 Kilometer nach Allenstein gehen. So wie wir zur Arbeit gingen, mußten wir mit und durften uns nichts von zu Hause holen. [...] [Die Angehörigen durften nicht benachrichtigt werden; U.S.] In Allenstein wurden wir in leerstehende Häuser eingesperrt und mußten ein paar Tage für ein russisches Lazarett waschen. [...] Als wir einen Abend hochkamen, waren die Männer – auch mein Vater – fort. Er wollte uns [Schwestern] noch sprechen, wurde aber mit Gewehrkolben und Fußtritten auf den Lastkraftwagen getrieben. Wir haben nie mehr etwas von ihm gehört. [...] Auf einem offenen LKW wurden wir am nächsten Tag nach Bartenstein ins Gefängnis transportiert. Ein Entrinnen gab es nicht, es wurde sofort von der Schußwaffe Gebrauch gemacht. Dort wurden wir in feuchten Einzelzellen eingesperrt, so viele, daß wir gedrängt nur stehen konnten. Es wurden immer mehr Menschen. Zu essen gab es nichts, und nachts fingen die Vernehmungen an.

Wieder mit offenen LKW ging die Fahrt am nächsten Tag nach Insterburg ins Zuchthaus. Als wir in die Stadt hineinfuhren, ging ein langer Zug Frauen jeden Alters in Fünferreihen zum Bahnhof – ein Elendszug. Viele blieben am Straßenrand völlig entkräftet liegen. Nun ahnten wir, daß wir der nächste Transport sind. [...] Es kamen immer mehr Frauen jeden Alters dazu. Wir konnten dann nur noch auf dem Fußboden sitzen. Zu essen gab es kaum etwas. Denen, die etwas von zu Hause mitnehmen konnten, [...] wurde das wenige noch abgenommen. [...] Zu allem Elend begann die Läuseplage. Dann die vielen Vernehmungen. Unsere Kräfte ließen rapide nach. [...] Dann hatte man wohl die 2.000 Frauen für einen Transport zusammen. [...]

Im Waggon [...] waren wir auf engstem Raum vom 15. März bis zum 9. April 1945 eingesperrt. [...] Täglich gab es zwei Scheiben steinhart getrocknetes Kommißbrot und hin und wieder auch eine Scheibe Käse zu essen, aber nichts zu trinken. Hier bekamen wir zu spüren, daß der Durst viel schlimmer sein kann als Hunger. [...] Viele, die [manchmal doch hereingereichtes, verunreinigtes] Wasser getrunken haben, bekamen Ruhr oder sind gestorben.

Am 9. April 1945 hielt der Zug auf freier Strecke, und es hieß: ‚Alles raus‘ (dawei)! Wir fielen völlig entkräftet in den Schnee. Ich konnte nicht mehr gehen und wurde das Stück bis zum Lager meist getragen. Wir wurden im Lager hinter hohem Stacheldraht zu 200 Frauen in jede Baracke eingewiesen. [...] Ab 20. April mußten die ersten Brigaden in der Ziegelei schwerste Arbeit unter ganz primitiven Verhältnissen verrichten. [...] Im ersten Halbjahr sind täglich 20 bis 30 Frauen gestorben – es herrschte Typhus.⁴²

41 Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, S. 82E f.

42 Siehe Anm. 23.

Ende April 1945 wurden die „Mobilisierungen“ abgebrochen. Das NKWD hatte erkannt, daß sich unter den Festgenommenen kaum NS-Größen, sondern zumeist nur einfache Mitglieder von NS-Organisationen (wie BDM, HJ, NS-Frauenschaft, Arbeitsfront und andere) befanden. Außerdem waren sie wegen ihres Alters und ihrer körperlichen Verfassung nur begrenzt zu Schwerarbeit einsetzbar und daher für die UdSSR eine Belastung. Berija schlug Stalin daher vor, diese Personengruppen nicht mehr automatisch zu verhaften und bereits verhaftete Personen nicht mehr in die UdSSR, sondern in Internierungslager auf deutschem Boden zu überführen. Bei den inzwischen Deportierten sollten Alte, Schwerkranke, Arbeitsunfähige und Frauen mit Kindern aussortiert und nach Deutschland zurückgeschickt werden. Der mit Stalin abgestimmte NKWD-Befehl Nr. 00315 vom 18. April 1945⁴³ schrieb die neue Linie fest. Tatsächlich wurden bis Ende 1945 knapp 33.000 Deportierte nach Deutschland und rund 9.000 nach Rumänien zurückgeschickt.⁴⁴ Viele andere Kranke und Schwache hofften ebenfalls, allerdings oft vergeblich, auf ihre Entlassung.

„Mobilisierte Internierte“, Deportierte, Zwangsrepatriierte

Von sowjetischer Seite wird die Gesamtzahl der deutschen „Mobilisierten“ und „Internierten“, die in beiden Deportationswellen „weggespült“ wurden, auf rund 270.000 Personen beziffert.⁴⁵ Diese Zahl liegt deutlich unter den Angaben in der *Dokumentation der Vertreibung*, der zufolge in Südosteuropa etwa 130.000 und im Reichsgebiet 218.000, zusammen also rund 350.000 Zivilisten in die Sowjetunion deportiert worden sind.⁴⁶ Schätzungen des Deutschen Roten Kreuzes sowie der kirchlichen Suchdienste gingen von weit mehr, nämlich 400.000 bis 500.000 in die UdSSR verschleppten Deutschen aus. Neuere Berechnungen sprechen sogar von bis zu einer Million Menschen.⁴⁷

In der sowjetischen Statistik ist das gesamte Ausmaß der Verschleppungen freilich nicht erfaßt. Denn sie betrifft lediglich die in den beiden Deportationswellen von Dezember 1944 bis Ende April 1945 registrierten und in die Sowjetunion verschickten „Mobilisierten“ bzw. „Internierten“. Wie viele Menschen bereits auf den Märschen zu den Sammelpunkten, in den Sammellagern oder auf den Transporten umkamen, ist nicht bekannt. Nicht berücksichtigt sind in dieser Zahl außerdem die ungezählten Flüchtlinge – Frauen, Kinder und alte Leute –, die auf der Flucht von der Roten Armee überrollt, im polnischen Gebiet festgesetzt und nach und nach ebenfalls deportiert wurden. Auch sie gehören zu den Reparationsverschleppten, die in der Sowjetunion

43 Vgl. Anm. 22 (hier S. 178–180).

44 Poljan: Internment and Deportation, S. 42.

45 Ebd.

46 Vgl. ebd. sowie Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, S. 83E.

47 Vgl. Reichling, Gerhard: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen. Teil I: Umsiedler, Verschleppte, Vertriebene, Aussiedler 1940–1985. Bonn 1986, S. 28; Nawratil: Die deutschen Nachkriegsverluste, S. 46–52. Inklusiv der innerhalb der UdSSR verschleppten Rußlanddeutschen kommt Reichling sogar auf 1.700.000 deutsche Deportierte. Es sei hier daran erinnert, daß das Auswärtige Amt vor dem historischen Besuch von Bundeskanzler Konrad Adenauer in Moskau im September 1955 aufgrund von in den beiden Jahren zuvor eingegangenen Briefen davon ausging, daß damals noch etwa 130.000 Deutsche in der UdSSR gewaltsam festgehalten würden. Vgl. Borchard, Michael: Die deutschen Kriegsgefangenen. Zur politischen Bedeutung der Kriegsgefangenenfrage 1949–1955. Düsseldorf 2000, S. 260–263; Keil, Rolf-Dietrich: Mit Adenauer in Moskau. Erinnerungen eines Dolmetschers. Bonn 1997, S. 131.

Zwangsarbeit leisten mußten. Weiterhin fehlen die Deportierten aus der Gruppe der sogenannten Vertragsumsiedler, also jene Deutschen, die nach dem Hitler-Stalin-Pakt 1939/40 (aus dem Baltikum, aus Wolhynien, Galizien, Bessarabien, der Bukowina und anderen Gebieten) ins damalige Deutsche Reich umgesiedelt wurden und die deutsche Staatsangehörigkeit erhielten, sowie die als Administrativumsiedler bezeichneten über 350.000 Rußlanddeutschen, die in den letzten Kriegsjahren von deutschen Behörden ins Reichsgebiet gebracht worden waren. Sie wurden 1945 als Sowjetbürger zwangsweise repatriert und meist nach Sibirien und in den asiatischen Teil der UdSSR deportiert.⁴⁸

Eine besondere Lage ergab sich im nördlichen Teil Ostpreußens, der 1945 unter sowjetische Verwaltung kam. In die entvölkerten östlichen Kreise wurden bereits seit Februar 1945 Deutsche aus verschiedenen Gegenden Ostpreußens wie auch Flüchtlinge, darunter viele Frauen und Kinder, deportiert, die für die sowjetischen Truppen arbeiten mußten oder zum Aufräumen von Schutt sowie zur Arbeit auf den Kolchosen eingesetzt wurden. Später kamen weitere Deportierte aus Königsberg und aus dem Kreis Labiau hinzu. Die Lebensbedingungen der (nach russischen Quellen) im Sommer 1945 noch etwa 140.000 Deutschen im Königsberger Gebiet waren katastrophal. Frauen und Kinder lebten in den Ruinen zerstörter Wohnviertel oder auf engstem Raum zusammengepfercht. Wer nicht arbeiten konnte und keine Lebensmittel erhielt, mußte betteln oder stehlen. Viele verhungerten oder gingen an Epidemien zugrunde. Allein in der Stadt Königsberg registrierten die sowjetischen Behörden über 20.000 Menschen, die im Winter 1945/46 an Typhus gestorben waren. Erst seit 1947/48, als Zuwanderer aus der UdSSR die deutschen Zwangsarbeiter ersetzten, wurde der größte Teil der etwa 100.000 überlebenden Deutschen in die SBZ ausgewiesen.⁴⁹

Marga Pollmann (Jg. 1901), als junge Frau Mitarbeiterin des sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Ostpreußen, August Winnig, beschrieb – unmittelbar nach ihrer Rückkehr – die letzte Phase ihrer Flucht und den Beginn ihrer Gefangenschaft:

„20 bis 30 km sind wir an manchen Tagen gejagt, manchmal in Trecks bis zu 4.000 Menschen, immer durch verwüstete Gegenden, nirgends deutsche Menschen. Niemand hat in Ostpreußen auf seinem Besitz bleiben können. Wo noch ein heiles Gehöft stand, wurde gesprengt und angezündet. Um unsere Ernährung kümmerte sich niemand. Durften wir irgendwo etwas länger rasten, gingen wir Frauen des Nachts kilometerweit, um Kartoffeln oder Getreidekörner zu suchen, immer in der Angst, von den Russen überfallen zu werden oder bei unserer Rückkehr unsere zurückgelassenen Kinder nicht mehr zu finden. Manchem erging es so, ich hatte immer Glück, wenn auch manchmal in unserer Abwesenheit geplündert worden war.

Am Tage wurden die Frauen mit Schüssen und Peitschenschlägen ‚zur Arbeit‘ geholt. Im Winter bestand dieses darin, den Schnee von einem Hause fortzuschaffen, am nächsten Tage ihn wieder ans Haus heranzutragen oder Straßen vom Schnee zu befrei-

48 Nach Reichling: Die deutschen Vertriebenen in Zahlen I, S. 24, wurden 30.000 von insgesamt 397.000 Vertragsumsiedlern und 280.000 von insgesamt 370.000 rußlanddeutschen Administrativumsiedlern deportiert.

49 Fisch, Bernhard/Klemeseva, Marina: Zum Schicksal der Deutschen in Königsberg 1945–1948 (im Spiegel bisher unbekannter sowjetischer Quellen). In: Zeitschrift für Ostmitteleuropaforschung, 1995, S. 391–400, hier S. 396, 398 f.; Dokumentation der Vertreibung, Bd. I/1, S. 88E–96E. Zum Schicksal der deutschen „Wolfskinder“, die während der sowjetischen Besatzung ihre Eltern verloren hatten und sich alleine durchschlagen mußten vgl. Kibelka, Ruth: Wolfskinder. Grenzgänger an der Memel. 4. Auflage, Berlin 2003; Eberhard Fechner: Wolfskinder, Fernsehfilm 1990.

en. Wie oft habe ich einen Misthaufen wegräumen und anderntags wieder in die alte Kaule zurückschaffen müssen.

Ab wir ab 1. Mai in Pillkallen in verlassene Ortschaften eingewiesen wurden, um die Feldbestellung zu machen, waren wir froh, endlich sinnvolle Arbeit zu tun. Pferde gab es nicht, also wurden wir Frauen vor Pflug und Egge, vor den Kultivator gespannt und 10 Stunden am Tage ging es über Ackerschollen. Später mußten wir Gras mit der Sichel und Sense mähen, das Roßwerk ziehen, d. h. 10 Stunden im Kreise gehen, wie zu normalen Zeiten die Pferde. Verpflegung suchten wir uns aus der weiten Umgebung in den Nächten zusammen. Vor den nächtlichen Überfällen hatten wir in dieser Zeit eine gewisse Sicherheit. Besondere Arbeitstrupps hatten aus den Bauernwirtschaften und von den Gutshöfen landwirtschaftliche Maschinen und Geräte zusammenzuholen, die fast alle zu den Zügen geschafft oder direkt in Autos über die Grenze gebracht wurden; der Rest wurde auf Haufen geworfen und gesprengt.⁵⁰

Überleben und Sterben in den Deportationsgebieten

Wie die sowjetische Statistik ausweist, wurden gut drei Viertel der „Mobilisierten“ zur Arbeit in den Kohlegruben des Donbass-Gebiets und den umliegenden metallverarbeitenden Betrieben eingesetzt. Aus dieser Region waren während des Krieges viele „Ostarbeiter“ zwangsrekrutiert und nach Deutschland gebracht worden. Rund elf Prozent kamen ins Uralgebiet, kleinere Gruppen in den Kaukasus, nach Weißrußland, in andere Gegenden der Ukraine sowie den Oblast Moskau, aber auch in den Norden, zum Beispiel ins westsibirische Kemerowo oder nach Archangelsk (nördliches Eismeer). Im Donbass überwog zwar der Anteil der Männer. Doch waren hier auch mehr als 42.000 Frauen eingesetzt.⁵¹

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der „Mobilisierten“ und „Internierten“ waren noch schlechter als die der deutschen Kriegsgefangenen. Denn sie wurden per Verordnung des NKWD vom 27. Februar 1945 formell dem Kontrollbereich der Hauptverwaltung für Kriegsgefangene und Internierte entzogen und den Industriekomplexen der Volkskommissariate zugeteilt. Die Volkskommissariate hatten für die Unterbringung, Ernährung, Hygiene und medizinische Versorgung ihrer Arbeiter zu sorgen. Sie sahen jedoch in den Zwangsarbeitern nur die ausbeutbare Arbeitskraft und kümmerten sich wenig um deren alltägliche Lebensbedingungen und Gesundheit.⁵² Jahrelang waren die „Internierten“ schwerster körperlicher Arbeit bei permanentem Hunger, schlechter Behausung und katastrophalen hygienischen Zuständen ausgesetzt. Epidemien und Krankheiten forderten bei kaum vorhandener ärztlicher Versorgung viele Opfer. Es gab auch Mißhandlungen durch das Lagerpersonal. Sexuelle Übergriffe kamen in den Lagern in der Regel jedoch nur noch vereinzelt vor.

Der sowjetischen Führung blieben diese Zustände nicht verborgen. So teilte NKWD-Chef Berija Stalin mit, daß die etwa 138.200 registrierten deutschen Deportierten, die man in der zweiten Welle bis zum 15. April festgenommen und anschließend in die UdSSR verbracht habe, in 392 Arbeitsbataillone eingeteilt und beim Wiederaufbau von Bergwerken, Betrieben und Ortschaften oder der Errichtung neuer Industrieobjekte eingesetzt worden seien. Allerdings seien in der kurzen Zeit bis zum Sommer 1945

50 Ewert, Erna/Pollmann, Marga/Müller, Hannelore: Frauen in Königsberg 1945–1948. Bonn 1988, S. 54–64, hier S. 59.

51 Vgl. die Übersicht in Poljan: Internment and Deportation, S. 26 f.

52 Vgl. ebd., S. 29, 31.

etwa 47.000 „Internierte“, das heißt etwa ein Drittel, gestorben. Das Regime an den Standorten der Arbeitsbataillone habe dem der anderen Lager entsprochen, die Lebensmittelversorgung der „mobilisierten Internierten“ sei hingegen weitaus schlechter gewesen.⁵³

Die Wünsche Stalins hinsichtlich des Umfangs der Ausbeute an „Mobilisierten“ hatten sich nicht erfüllt. Nun war – nach den ersten Repatriierungen von unheilbar Kranken, Arbeitsunfähigen und Frauen mit Kindern im Jahr 1945 sowie infolge der hohen Sterblichkeit und anderer „Abgänge“ – binnen eines Jahres (bis Februar 1946) von den registrierten rund 300.000 „Internierten“ (Deutsche sowie Polen, Japaner und Rumänen) gerade einmal die Hälfte übriggeblieben. Und auch diese Gruppe war aufgrund ihrer schlechten körperlichen Verfassung, mangelnder Kleidung und Ernährung sowie ungeeigneten Arbeitsgeräts nur begrenzt arbeitsfähig. So erwies sich der Einsatz der deutschen Zwangsarbeiter auch unter ökonomischen Gesichtspunkten schon bald als ein kompletter Fehlschlag. Nur in Ausnahmefällen – so urteilt der Historiker I. Chukin – habe der Wert ihrer Arbeitsleistung die geringen Kosten ihres Unterhalts überstiegen.⁵⁴

Wie sinnlos ihr Schuften oft war, blieb für die Deportierten unfassbar. Die alltäglich erfahrene Praxis stand dem herrschenden Normen- und Produktivitätskult diametral entgegen. So erzählt *Martha C.*, wie mühsam angebaute Nahrungsmittel vergeudet wurden, obwohl auch die einheimische Bevölkerung Not litt:

„Die Felder waren so groß, so weit das Auge reichte, die Erde sehr fruchtbar. Wir haben täglich von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang gearbeitet, doch wo war ein Gebäude, eine Scheune, ein Keller usw. für die Ernte? Der goldene Weizen wurde auf die blanke Erde unter freiem Himmel hoch aufgeschüttet bei Sonnenschein – doch dann kam der Regen. So schlecht war unser täglich Brot, wie der goldene Weizen behandelt wurde. Mit den Kartoffeln dasselbe: Wie zwei dicke Fäuste, nie habe ich so schöne Kartoffeln gesehen. In lange Erdmieten, die wir tagelang ausgehoben hatten, wurde alles gebracht, faule, angefrorene, alles zusammen. Sonnenblumen-Felder [...], auch die waren zum Faulen gewachsen. Dicker Raureif drauf, so kamen sie in mächtige Haufen, die fingen dann an zu rauchen.“⁵⁵

Obwohl das Staatliche Verteidigungskomitee die betreffenden Kombinate schon im August 1945 aufgefordert hatte, die Arbeits- und Lebensbedingungen der „Westarbeiter“ rasch zu verbessern, änderten sich die Verhältnisse in den Lagern bis 1948 kaum. Um die Lücken bei „Internierten“ und Kriegsgefangenen zu füllen, erteilte das Innenministerium der UdSSR daher der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) Ende 1946 den Auftrag, 27.500 arbeitsfähige Männer aus den Speziallagern und Gefängnissen der SBZ auszusuchen und in die Sowjetunion zu schicken. Doch hier war die Lage nicht besser: Aufgrund des elenden Gesundheitszustandes der Insassen konnten für das angeforderte Kontingent gerade noch 4.500 arbeitsfähige Gefangene aufgetrieben werden. Sie wurden im Februar 1947 in dem bekannten „Pelzmützentransport“ ins westsibirische Gebiet Kemerowo gebracht.⁵⁶

53 Vgl. Kopalín: Rehabilitierung, S. 380.

54 Zit. nach Poljan: Internment and Deportation, S. 32.

55 Sieh Anm. 23.

56 Vgl. Polster, Günter/Hecht, Herbert: „Wir waren schon halbe Russen ...“ Deportiert und überlebt im GULag. Mühlberg 1999.

Am Ende bleibt eine bittere Bilanz zu ziehen: War schon die völkerrechtswidrige Verschleppung von Hunderttausenden zusammengewürfelter deutscher Zivilisten – unter ihnen viele Frauen, Kinder und alte Menschen, ungeachtet ihrer persönlichen Schuld – eine menschliche Tragödie, so erfüllte diese Deportationsaktion noch nicht einmal ansatzweise den vorgeblichen Zweck, nämlich zur Wiedergutmachung der Zerstörungen beizutragen, die während des von Nazi-Deutschland ausgehenden Krieges in der Sowjetunion angerichtet worden waren. Die Kräfte der Menschen, die stellvertretend für die Verantwortlichen der Verbrechen des NS-Regimes büßen mußten, wurden sinnlos verbraucht. Weil man der Gestapo-Schergen, SS-Männer sowie führender NSDAP-Leute als „lebender Reparationen“ nicht habhaft werden konnte, um das geplante millionenstarke Arbeitsheer aufzustellen, nahm man dafür Hunderttausende willkürlich aufgegriffener Frauen, Kinder und Alte in Haft, was für ein Drittel von ihnen den sicheren Tod bedeutete. Selbst die sowjetische Statistik verzeichnet bei den 272.000 registrierten „mobilisierten Internierten“ bis 1949 insgesamt 66.500, das heißt ein Viertel Tote. Die meisten Überlebenden waren gesundheitlich und psychisch gezeichnet; und oft fanden die Heimkehrer bei Deutschen, denen es besser ergangen war, nur wenig Verständnis.

Für die deutsche Zeitgeschichtsforschung bleibt die Aufgabe, das besondere Schicksal dieser weithin vergessenen Gruppe wieder ins historische Gedächtnis zu rufen und die Geschichte der „Westarbeiter“ – parallel zum Schicksal der „Ostarbeiter“ sowie der Kriegsgefangenen beider Seiten – im historischen Kontext und in Zusammenarbeit mit russischen Zeithistorikern und Archivaren aufzuarbeiten. Gemeinsame Forschungen zu diesem Thema könnten das gegenseitige Verstehen befördern und weitere Denkprozesse zur historischen Erfahrung von Vertreibung, Verschleppung und Lagerverbrechen im 20. Jahrhundert anstoßen.